

Wieland Schneider

KRIEG GEGEN DAS KALIFAT

Der Westen, die Kurden und die Bedrohung „Islamischer Staat“



braumüller

Wieland Schneider

KRIEG GEGEN DAS KALIFAT

Der Westen, die Kurden und die Bedrohung „Islamischer Staat“

Wieland Schneider

**KRIEG
GEGEN DAS
KALIFAT**

Der Westen, die Kurden und die
Bedrohung „Islamischer Staat“

braumüller

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

1. Auflage 2015

© 2015 by Braumüller GmbH
Servitengasse 5, A-1090 Wien

www.braumueller.at

Lektorat: Mario Wurmitzer
Fotos Umschlag: © Wieland Schneider
ISBN der Printausgabe: 978-3-99100-165-2

ISBN E-Book: 978-3-99100-166-9

Inhalt

EINLEITUNG: Der Westen, die Kurden und die Bedrohung „Islamischer Staat“

DIE BAUSTEINE DES KONFLIKTS

Wie Iraks Kurden zum Machtfaktor wurden

Vom Straßenschläger zum Jihadisten – der Urvater des IS-„Kalifats“

Das „Schlachthaus“ Syrien: Ein Bürgerkrieg ebnet den Aufstieg der Jihadisten

Wetterleuchten in Bagdad

In den Berg-Camps der PKK

DER STURM BRICHT LOS

Der Aufstand in Mossul: Wie der IS an die Macht gespült wurde

Der Großangriff des „Islamischen Staates“

DER WIDERSTAND GEGEN DAS IS-„KALIFAT“

Die Schlacht um Kobanê

„Sie haben Angst vor uns Frauen“

An der Front vor Mossul

Beim „Löwen von Sinjar“: Die letzte Bastion der Jesiden

OPFER UND TÄTER

Auf der Spur der IS-Verbrechen

Die Massenflucht: Bei den Gestrandeten des Krieges

„Jihadismus“ als bizarre Popkultur – der Zustrom ins (Alb)Traumland
„Kalifat“

AUSBLICK: Das Exportmodell IS, der türkisch-kurdische Krieg im Krieg
und das neue strategische Umfeld

EINLEITUNG: Der Westen, die Kurden und die Bedrohung „Islamischer Staat“

Sie versuchen erst gar nicht, ihre Verbrechen zu verbergen. Im Gegenteil: Für sie hat die Zurschaustellung von Gewalt Methode. Die Jihadisten des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS) schockieren gezielt mit Videos von Erschießungen und Enthauptungen. Mit ihrer blutigen Propaganda im Internet wollen sie ihre Gegner in Schrecken versetzen und zugleich neue Kämpfer anwerben – auch in Österreich und anderen Ländern Europas. Binnen kurzer Zeit ist es den Extremisten gelungen, ihr eigenes staatliches Gebilde zu errichten, das weite Teile Syriens und des Irak umfasst. In ihrem Reich herrschen sie mit Terror. Wer sich nicht ihren Vorschriften unterwirft oder gar als Rivale in Erscheinung tritt, wird ausgeschaltet. Die Eiferer des IS zerstören, was nicht in ihr bizarres Weltbild passt. Diesem Wüten fallen antike Kulturgüter zum Opfer, jesidische Heiligtümer, Kirchen, muslimische Pilgerstätten und Moscheen. Und der IS hat ganz offiziell die Sklaverei wieder eingeführt. Mit bürokratischer Grausamkeit hat er genaue Regeln für den sexuellen Missbrauch von Sklavinnen erlassen. Die Opfer sind großteils Frauen und minderjährige Mädchen der Jesiden, einer alten Religionsgemeinschaft, die der IS auslöschen will.

Als Reporter der österreichischen Tageszeitung *Die Presse* habe ich Menschen getroffen, die unter der Terrorherrschaft des IS gelitten haben: Menschen, die nur mit dem, was sie am Leib trugen, vor den Jihadisten fliehen mussten; die täglich die Ungewissheit darüber peinigt, was mit ihren verschleppten Verwandten geschehen ist. Ich habe mich in Nordiraks abgelegenen Sinjar-Gebirge auf die Spur der IS-Verbrechen gemacht – dort, wo die Extremisten ihre jesidischen Opfer in Massengräbern verscharrt haben.

In diesem Buch werden aber auch die Geschichten der Menschen erzählt, die sich in Syrien und im Irak dem IS entgegenstellen: die Geschichte der jesidischen Familie Shesho etwa, die nach vielen Jahren aus Deutschland in den Nordirak zurückgekehrt ist, um jesidische Kämpfer in der Abwehrschlacht gegen den IS anzuführen. Sie haben sich im Heiligtum von Sherfedîn am Fuße der Sinjar-Berge verschanzt und dort jeden der IS-Angriffe zurückgeschlagen.

Der Kampf gegen den „Islamischen Staat“ ist auch ein Kampf der Frauen. Tausende von ihnen leisten in Syrien und im Irak dem IS Widerstand. Sie gehören zu den Guerillatruppen der türkischkurdischen Untergrundorganisation PKK und zu den syrisch-kurdischen „Volksverteidigungseinheiten“, die den Jihadisten bereits mehrere schmerzhaftige Niederlagen zugefügt haben. Wie leben diese jungen Frauen an der Front? Was denken sie über den Krieg gegen den IS, und was über ihre Zukunft?

Die neue Bedrohung „Islamischer Staat“ ließ in Nordiraks Kurdenregion viele Peshmerga-Veteranen, die schon gegen Iraks Diktator Saddam Hussein gekämpft hatten, auf das Schlachtfeld zurückkehren. Die Peshmerga-Truppen der Kurdenregion stehen dem IS an einer mehr als 1000 Kilometer langen Front gegenüber.

Die Kurden in Syrien und im Irak sind eine der wichtigsten Waffen im Krieg gegen den IS – einem Krieg, der auch die Zukunft der Kurden bestimmen wird. Sie kämpfen gegen einen gefährlichen Feind, der weit mehr erreicht hat als andere jihadistische Organisationen vor ihm. Der IS-„Urvater“ Abu Musab al-Zarqawi hatte mit seiner damaligen „al-Qaida im Zweistromland“ den Irak mit blutigen Attentaten in Atem gehalten. Doch er musste aus dem Untergrund gegen die US-Truppen und die schiitisch dominierte Regierung in Bagdad operieren. Zarqawis Erben rund um IS-Chef Abu Bakr al-Baghdadi haben hingegen ihren eigenen Staat erschaffen. Der IS nennt sein Horrorgebilde ein „Kalifat“ – ein Schritt, der vom Großteil der islamischen Welt als absolute Anmaßung angesehen wird. Die islamischen Reiche nach dem Propheten Mohammed waren Kalifate, in denen die religiöse und weltliche Führung vereint waren. Die Kalifen besaßen den Status eines Nachfolgers des Propheten – etwas, das nun auch

IS-Chef Baghdadi für sich in Anspruch nimmt. Er und seine Männer behaupten, sich an der Zeit Mohammeds und der allerersten Kalifen zu orientieren, also an einer Lebenswirklichkeit, die 1400 Jahre zurückliegt und über die man heute nur wenig weiß. Vor allem die späteren Kalifate waren auch Zentren von Wissenschaft und Kunst – etwas, das man vom sogenannten „Kalifat“ des IS nicht behaupten kann.

Der rasche Siegeszug und die Brutalität des IS haben nicht nur in der Nahost-Region für Entsetzen gesorgt. Auch die europäische Öffentlichkeit ist über das blutige Treiben in der unmittelbaren Nachbarschaft schockiert. Die Auswirkungen dieses Dramas sind bis nach Europa zu spüren: Nicht mehr nur aus dem Bürgerkriegsland Syrien, sondern auch aus dem Irak fliehen immer mehr Menschen in die Europäische Union. Und tausende junge Männer aus der EU nehmen die entgegengesetzte Route, reisen nach Syrien und in den Irak, um an der Seite des IS und anderer Jihadistenorganisationen zu kämpfen. Sie tauchen ein in eine Welt aus Gewalt, in der sich eine gefährliche jihadistische Ideologie mit pubertärem Heldenwahn und bizarren Fantasy-(Alb)Traumvorstellungen vermischt. Unter ihnen sind junge Burschen wie der Österreicher Oliver N. Er hatte keinen muslimischen Hintergrund und keine Ahnung vom Islam. Binnen kürzester Zeit radikalisierte er sich und wurde zum Jihadisten, reiste ins „Kalifat“ und schloss sich dem IS an.

Die neue Bedrohung direkt vor der Haustüre schürt auch Ängste – davor, dass eine neue Terrorwelle über Europa hereinbrechen könnte. Den Sicherheitskräften bereiten vor allem sogenannte „einsame Wölfe“ Sorgen – einzelne Attentäter oder kleine Gruppen, die nur schwer aufzuspüren sind. Sie stammen aus dem eigenen Land, der eigenen Gesellschaft. Oft stehen sie nur in losem Kontakt mit jihadistischen Gruppen wie dem IS und al-Qaida, oder sind einfach nur von deren Ideologie inspiriert. Sie greifen keine großen, strategischen Ziele mehr an wie das World Trade Center am 11. September 2001 in New York. Sie starten kleinere Überfälle auf sogenannte weiche Ziele – Attacken, die deshalb viel schwerer zu verhindern sind. Es sind Anschläge wie der auf das jüdische Museum in Brüssel im Mai 2014, auf die Redaktion des Satiremagazins „Charlie

Hebdo“ und einen jüdischen Supermarkt in Paris im Jänner 2015, oder auf ein Hotel im tunesischen Sousse im Juli 2015.

In Europa sorgen nicht nur die bizarre Ideologie und die Grausamkeit der Extremisten für Abscheu und Furcht. Auch die Schlagkraft des IS verwundert und verstört: Wie konnten die Jihadisten so rasch so stark werden, ein gewaltiges Gebiet erobern und die gesamte Region in Schrecken versetzen? Auf den ersten Blick scheint das Phänomen IS nur schwer zu begreifen: Wie aus dem Nichts tauchen einige hundert fanatische, bärtige Männer auf. Sie brausen in Todesverachtung heran in ihren Geländewagen, auf denen die schwarzen Banner des „Jihad“ flattern, und ganze Armeen geben sich geschlagen. Dieses Bild versucht auch die Propagandaabteilung des IS der Welt zu verkaufen. Doch es ist falsch. Die Wahrheit ist viel komplizierter.

Der Aufstieg des IS ist das Ergebnis von Machtkämpfen und Konflikten, die die Nahost-Region erschüttern. Fast fünf Jahre nach Beginn des sogenannten „Arabischen Frühlings“ sind Teile der Region in Aufruhr. Der Versuch, auch in Syrien das Regime mit Protesten zu stürzen oder zumindest zu Zugeständnissen zu zwingen, endete in der Katastrophe. Das Ergebnis ist ein brutaler Bürgerkrieg mit einer Viertelmillion Toten und Millionen Vertriebenen. Es ist ein Krieg, in dem auch Giftgas zum Einsatz gekommen ist und die Truppen des Regimes ganze Stadtviertel in Schutt und Asche legen. Befeuert wird der Konflikt von den strategischen Interessen externer Player, von dem Ringen des Iran und Saudi-Arabiens um die regionale Vormachtstellung. Das „Schlachthaus“ Syrien wurde zum Betätigungsfeld verschiedenster Milizen und jihadistischer Einheiten. Und Länder wie die Türkei und die arabischen Golfmonarchien kümmerte es oft nicht, wie gefährlich einige der Gruppen waren, die sie in Syrien unterstützten. Hauptsache, dadurch wurde ihr Feind, der syrische Machthaber Bashar al-Assad, geschwächt. In diesem Umfeld gelang es den Vorgängern des IS, mit kluger Planung und raffinierter Politik, mit Bestechung und mit unglaublicher Brutalität, zu einer der dominierenden Organisationen zu werden. Zu einer Kraft, die – sehr zur Freude des syrischen Regimes – auch die anderen Rebellengruppen zu vernichten begann.

Wesentlich für den Aufstieg des IS war aber nicht nur der Krieg in Syrien, sondern ein anderer, seit vielen Jahren ungelöster Konflikt – der Machtkampf im Irak. Dort hatte sich die Katastrophe schon länger abgezeichnet. Bereits im März 2013, zehn Jahre nach dem Einmarsch der US-Truppen, war in Bagdad zu spüren, dass das Land wieder auf den Abgrund zusteuerte. Die Spannungen zwischen unzufriedenen sunnitischen Gruppen und der schiitisch geprägten Regierung wuchsen. Die Angst vor einem neuen Bürgerkrieg ging um. Und dieser Krieg kam auch. 2014 brach in vielen sunnitisch bewohnten Gebieten ein Aufstand los. Diese Revolte spülte den IS an die Macht. Es gelang ihm, sich innerhalb der Allianz der Aufständischen als stärkste Kraft durchzusetzen. Und dabei griff er auch auf das Know-how unzufriedener Ex-Funktionäre des 2003 gestürzten Diktators Saddam Hussein zurück. Der Wahnsinn der Jihadisten hat sich mit dem eiskalten Machtwissen des einstigen Saddam-Regimes verbündet. Das ist eine tödliche Mischung, die maßgeblich zum Erfolg des IS und zum Funktionieren seines Terrorstaates „Kalifat“ beiträgt.

Der Aufstieg des IS passte zunächst verschiedensten Playern durchaus ins strategische Konzept: Sie sahen in Ruhe zu, wie das Monster IS immer größer wurde, denn es versetzte ihre eigenen Feinde in Angst und Schrecken. Erst attackierte das Monster das syrische Regime, dann fraß es Teile der syrischen Rebellen Gruppen auf, die genau dieses Regime stürzen wollten. Später wandte es sich erneut dem Regime zu. Es griff die bei Iraks arabischen Sunniten, Iraks Kurden und Saudi-Arabien verhasste Regierung in Bagdad an; kurz danach bekämpfte es die irakisch-sunnitischen Aufständischen, die sich nicht dem IS unterordnen wollten. Und mit jedem verschlungenen Opfer wuchs der Appetit des Monsters. Es ging auf Iraks Kurden los – und schon lange zuvor auch auf die quasi autonomen Kantone in Syrisch-Kurdistan, die der Türkei ein Dorn im Auge sind.

Der Aufstieg des IS ist auch ein Gradmesser für das internationale Versagen in der Region: für das Versagen bei der Beilegung des Syrien-Konflikts, in dem nicht nur die Interessen regionaler Mächte aufeinanderprallen, sondern auch die Interessen der USA und Russlands, eines der letzten Verbündeten des syrischen Regimes. Und für das Versagen der USA, einen Beitrag zur Lösung der internen Probleme des Irak zu

leisten. Washington hatte versprochen, einen stabilen, demokratischen Irak aufzubauen. Doch das ist nicht gelungen. Auch die Staaten der Region haben versagt. Ihre Regierungen haben es nicht geschafft, ihre machtpolitischen Interessen hintanzustellen, um gemeinsam die hochgefährlichen Krisen zu entschärfen. Solange aber die Konfliktherde Syrien und Irak brennen, werden aus ihnen nach wie vor Millionen von Menschen fliehen. Und ein vergleichsweise kleiner, aber stetig anwachsender Teil dieser Flüchtlinge wird Europa – und auch Österreich – erreichen. Mit dieser Entwicklung zeigen sich die europäischen Regierungen und Behörden schon jetzt überfordert.

Auch nachdem bereits die Bedrohung „Islamischer Staat“ aus dem „Schlachthaus“ Syrien und dem Chaos des Irak emporgestiegen war, blieb der Westen zunächst weiter passiv. Erst sehr spät und halbherzig zogen die USA in den Krieg gegen das IS-„Kalifat“. Die US-Luftstreitkräfte reagierten lange nur auf die Vorstöße der Jihadisten, griffen erst im letzten Moment ein, oft, als es für viele der IS-Opfer bereits viel zu spät war. US-Präsident Barack Obama ist angetreten, um das militärische Engagement der USA im Irak zu beenden – nicht, um erneut Truppen zu entsenden. Das Zögern Washingtons wäre Iraks Kurden und der Regierung in Bagdad beinahe zum Verhängnis geworden. Die USA haben ein Vakuum hinterlassen, das die Regionalmacht Iran mit ihren Eliteeinheiten und Militärberatern nur allzu gerne auffüllte. Angesichts der Bedrohung durch den IS tritt Teheran nun noch stärker als bisher als Schutzmacht der irakischen Regierung und der Schiiten des Landes auf. Und das hat Auswirkungen auf das Kräftegleichgewicht in der gesamten Region.

Das strategische Gefüge ist aber auch aus anderen Gründen in Bewegung, denn der Krieg gegen das IS-„Kalifat“ hat auch die Lage der Kurden verändert. Sieg oder Niederlage in diesem Kampf ist für die Kurden eine existenzielle Frage. Doch zugleich tun sich für sie neue Chancen auf. Die Kurdenregion im Nordirak genoss bereits in den vergangenen Jahren eine weitgehende Eigenständigkeit. Sie ist de facto schon jetzt eine Art eigener Staat innerhalb des Irak. Doch die Führung der Kurdenregion will noch einen Schritt weiter gehen. Nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg erhielten die Kurden keinen eigenen

Nationalstaat und wurden auf mehrere Länder aufgeteilt. Nun scheint es erstmals realistisch, zumindest im Nordirak einen unabhängigen Kurdenstaat auszurufen. Denn die irakische Zentralregierung in Bagdad ist politisch geschwächt. Und die Kurdenregierung in Erbil kann ihren Lohn dafür einfordern, an vorderster Front im Kampf gegen den IS zu stehen. Doch auf dem Weg zum eigenen Staat lauern noch viele Hindernisse. Und dazu zählen auch die politischen Interessen in Ankara, Bagdad, Teheran und Washington.

Ein Problem der Kurden war stets ihre Uneinigkeit, die immer wieder zu bewaffneten Konflikten führte. Mächte wie Saddam Husseins Irak, der Iran oder die Türkei nutzten diese Feindschaften, um die kurdischen Parteien gegeneinander auszuspielen. Der Krieg gegen den IS hat die verschiedensten kurdischen Fraktionen gegen einen gemeinsamen, gefährlichen Feind vereint – und lässt zugleich aber auch die Bruchlinien zwischen ihnen deutlich zutage treten. Mit Argwohn verfolgt die Führung der nordirakischen Kurdenregion, wie ihre Rivalin, die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK), durch den Kampf gegen den „Islamischen Staat“ immer mehr an Einfluss gewonnen hat. Bei einem Gespräch im gut verborgenen PKK-Hauptquartier in den Qandil-Bergen forderte PKK-Chef Cemil Bayik, dass die „Arbeiterpartei Kurdistans“ in Europa und den USA endlich von der Liste der Terrororganisation gestrichen wird. Jahrzehntlang führte die PKK einen Untergrundkrieg gegen den türkischen Staat. Nun hofft sie, für ihren mutigen Kampf gegen den IS zum akzeptierten Partner des Westens zu werden. Die drei Kantone, die eine Schwesterpartei der PKK im Norden Syriens kontrolliert, sind äußerst wichtige Bollwerke gegen das „Kalifat“. Doch das macht nicht nur die Kommandeure des „Islamischen Staates“ nervös, sondern auch die Führung der Türkei. Die Furcht vor dem wachsenden Einfluss des alten Gegners PKK und seiner syrischen Schwesterpartei ist einer der Gründe dafür, dass Ankara im Sommer 2015 in seiner Kurdenpolitik wieder auf Härte setzte. Mit seinem neuen Feldzug gegen die PKK hat der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan in diesem geostrategischen Spiel eine weitere Front eröffnet. Es ist ein Krieg im Krieg, der auch Auswirkungen auf den Kampf gegen das IS-„Kalifat“ haben wird. Der Krieg gegen den IS mit all seinen

Nebenschauplätzen wird die Gestalt des Nahen Ostens verändern. Sein Ausgang wird Auswirkungen auf die gesamte Region haben – und auch auf uns in Europa.

DIE BAUSTEINE DES KONFLIKTS

Wie Iraks Kurden zum Machtfaktor wurden

Die „Österreicher“ terrorisierten die Stadt. Dort, wo eine dieser schweren Granaten niederging, stürzten ganze Häuser ein, ganze Familien wurden unter den Trümmern begraben. Mit Schrecken erinnert sich der Kurde Falah Mordakhin an damals, als die „Österreicher“ Tod und Zerstörung über seine Stadt Halabja brachten. „Nemsawis“ – „Österreicher“ nannten die Kurden die Granaten, die von den österreichischen Noricum-Kanonen verschossen wurden. Die Gun Howitzer Noricum GHN 45 war in den 1980er-Jahren der Stolz österreichischer Waffenkonstrukteure. Die Haubitze mit dem Kaliber 155 Millimeter zählte zu den modernsten Geschützen ihrer Zeit. Sie wurde von der steirischen Firma Noricum produziert, einem Tochterunternehmen der staatlichen VOEST. In einer geheimen Aktion exportierte man unter Verletzung österreichischer Gesetze etwa 200 der Kanonen in den Irak – ein Skandal, der nach seinem Aufliegen ganz Österreich erschütterte. Iraks Diktator Saddam Hussein führte damals Krieg gegen das Nachbarland Iran. Und der brutale Machthaber in Bagdad setzte die Kanonen aus Österreich nicht nur gegen iranische Truppen ein. Er ließ damit auch auf die Kurden schießen, die gegen seine Herrschaft revoltierten.

Das Feuer aus den österreichischen Haubitzen im März 1988 war nur der Auftakt für das, was danach in Halabja geschah. „Die Flugzeuge kamen in mehreren Wellen“, berichtet Falah Mordakhin, der damals 13 Jahre alt war. „Sie warfen Napalm und Sprengbomben ab und schossen aus den Bordkanonen. Und dann kam das Gas.“ Etwa 5000 Menschen starben, als Iraks Luftwaffe am 16. März 1988 Halabja mit chemischen Waffen attackierte. Mordakhin überlebte den Angriff und versteckte sich mit seinen Verwandten wochenlang in einer Höhle. „Wo jetzt der Friedhof ist, gingen viele Gasbomben nieder. Sie fielen mitten in die Flüchtenden, überall waren Tote“, erzählt er und deutet auf das Gräberfeld. Hier, etwas außerhalb der kurdischen Stadt, liegen viele Opfer des Giftgasangriffes in Massengräbern. „Eintritt für Baathisten verboten!“, befiehlt ein Schild am Eingang des

Friedhofs. Kein Anhänger von Saddam Husseins früherer Baath-Partei soll die Ruhe der Ermordeten stören. Diese Forderung können die Kurden mittlerweile selbstbewusst stellen. Denn das alte Baath-Regime hat in Bagdad keine Macht mehr, seit es 2003 durch den US-Feldzug gestürzt wurde. Und die Kurden von Halabja müssen sich längst nicht mehr vor tödlichen Attacken in Höhlen verstecken.

Der Giftgasangriff auf die Stadt im März 1988 war der Höhepunkt einer langjährigen Unterdrückungspolitik durch das irakische Regime. Während des Iran-Irak-Kriegs in den 1980er-Jahren wuchs der Widerstand der Kurden gegen Bagdad. Kurdische Kämpfer – die sogenannten Peshmerga („Die dem Tod ins Auge sehen“) – verstärkten ihren Untergrundkrieg gegen die irakischen Regierungstruppen. Dabei erhielten sie Unterstützung von Iraks Kriegsgegner Iran. Und die irakischen Kurdenparteien nahmen diese Hilfe gegen das verhasste Saddam-Regime gerne an. An einigen Frontabschnitten zogen ihre Peshmerga Seite an Seite mit den iranischen Truppen in die Schlacht.

Diktator Saddam Hussein sah deshalb die Zeit gekommen, in der Gewaltkala eine Stufe höher zu steigen. Schon bisher hatten Iraks Kurden unter einer Arabisierungspolitik durch die arabisch-nationalistische Baath-Partei gelitten. Jetzt wurden sie Opfer massenhafter Verbrechen. Im Sommer 1983 machten Regimetruppen gezielt Jagd auf männliche Mitglieder der Barzani-Familie. 8000 Männer und Buben ab dem Alter von zwölf Jahren wurden verschleppt und ermordet. Offenbar sollten Teile des wichtigen kurdischen Clans ausgelöscht werden. Denn führende Vertreter der Barzani-Familie leiteten die „Demokratische Partei Kurdistans“ (Partiya Demokrata Kurdistanê, PDK), die gegen Saddam-Hussein kämpfte. 1988 startete das Baath-Regime dann die sogenannten „Anfal“-Operationen. „Anfal“ bedeutet Beute und bezieht sich auf die achte Sure des Koran, in der Kriegshandlungen beschrieben werden. Saddam Hussein nutzte diese Bezeichnung, um einen systematischen Vernichtungsfeldzug zu starten: Zigtausende Kurden wurden getötet oder deportiert und in Lager gepfercht, tausende Dörfer wurden verwüstet. Der Giftgasangriff auf Halabja war der Auftakt der Massaker. Die Kurden sehen in diesen Massenmorden einen Genozid – den Versuch Saddam Husseins, ihr Volk auf irakischem

Staatsgebiet zu vernichten. Die Verbrechen von damals haben sich ins kollektive Gedächtnis der irakischen Kurden gebrannt, ganz gleich, welcher Partei sie angehören. Dazu kommt das Gefühl, damals von der Welt weitgehend im Stich gelassen worden zu sein. Viele wichtige Staaten sahen in den Achtzigerjahren im Irak Saddam Husseins eine wirkungsvolle Waffe gegen den schiitischen Gottesstaat Iran. Irans Führer Ajatollah Khomeini war klar auf Konfrontationskurs mit den USA gegangen. Sein revolutionäres Regime galt bei den arabischen Nachbarn und in vielen westlichen Ländern als Bedrohung. So folgte Washington zunächst auch der Darstellung des Bagdader Regimes und machte den Iran für den Giftgasangriff auf Halabja verantwortlich. Die USA unterstützten Saddam Hussein im Irak-Iran-Krieg mit Geld, militärischer Aufklärung und Know-how. Frankreich und auch die Sowjetunion lieferten an Iraks Streitkräfte moderne Kampfflugzeuge und Panzer. Deutsche Firmen schickten Komponenten für das Giftgasarsenal. Und auch im neutralen Österreich versuchten Politiker und Firmenmanager – in der Hoffnung unentdeckt zu bleiben – mit der Superkanone GHN 45 an Saddam Husseins Krieg mitzuverdienen. Dass die irakischen Kurden dabei unter die Räder gerieten, schien damals niemanden zu interessieren.

Das fügte sich in einen kurdischen Topos, vom Westen verkauft und als Volk gleichsam unter die Räder der Geschichte geraten zu sein. Im Osmanischen Reich genossen kurdische Lokalfürsten eine weitgehende Eigenständigkeit in ihren Herrschaftsbereichen. Zugleich befanden sie sich aber in Abhängigkeit vom politischen Zentrum des Reiches, dem sie Steuern zahlen und bei Bedarf Truppen stellen mussten. Als nach dem Ersten Weltkrieg der osmanische Vielvölkerstaat zerfiel und neue Länder entstanden, gingen die Kurden leer aus. So wie die anderen beiden Kriegsverlierer Deutschland und Österreich-Ungarn musste auch das Osmanische Reich bei Paris mit den siegreichen Westmächten einen Friedensvertrag abschließen, der harte Bedingungen beinhaltete. In diesem Vertrag von Sèvres von 1920 war unter anderem die Errichtung eines autonomen Kurdistan mit Option auf eine spätere staatliche Unabhängigkeit vorgesehen. Doch das Abkommen trat nie in Kraft. Nach einem erneuten Waffengang um den territorialen Nachlass des Osmanischen

Reiches wurde am 24. Juli 1923 unter anderem mit Großbritannien und Frankreich der Vertrag von Lausanne abgeschlossen. Die Regierung des osmanischen Nachfolgestaates Türkei konnte darin einen Teil der Bestimmungen von Sèvres revidieren. Am 29. Oktober 1923 rief Mustafa Kemal „Atatürk“ („Vater der Türken“) die türkische Republik aus. Diese war weitaus kleiner als das alte osmanische Vielvölkerreich. Und sie war als Nationalstaat der Türken konzipiert. Von Autonomie oder gar nationaler Eigenständigkeit der Kurden war nun keine Rede mehr. Zudem zogen sich mehrere Staatsgrenzen durch die kurdisch besiedelten Gebiete des einstigen Osmanischen Reiches. Der Großteil der Kurden lebte in der neuen Türkei, ein weiterer Teil im neuen Staat Irak. Ein Teil in Syrien, das gemäß des Sykes-Picot-Abkommens unter die Herrschaft der Franzosen fiel. Und ein kleinerer Teil hatte ohnehin schon vor dem Zerfall des Osmanischen Reiches zum Nachbarreich Iran gehört. Diese Aufsplitterung auf mehrere Länder hat bis heute Bestand. Darüber, wie viele Kurden heute leben, gibt es keine genauen Zahlen. Die meisten Schätzungen sprechen von etwa 30 Millionen.

Nicht wenige kurdische Intellektuelle machen noch heute die damaligen politischen Ränkespiele der europäischen Mächte dafür verantwortlich, dass die Kurden nach dem Ersten Weltkrieg kein eigenes Land erhalten haben. Es war aber oft weniger ein inniger Wunsch nach einem gemeinsamen Nationalstaat aller Kurden, der kurdische Führer in den folgenden Jahrzehnten zum Widerstand drängte. Es ging vielmehr um den Kampf um kulturelle und politische Rechte, um ein Ringen um lokale Selbstverwaltung. Und dieser Kampf war oft die Reaktion auf die Nationalisierungsbestrebungen der Mehrheitsgesellschaften, die einer kurdischen Identität keinen oder nur wenig Raum lassen wollten. In der Türkei etwa bestritten die Kemalisten – die Anhänger der Ideologie Atatürks –, dass Kurden überhaupt existieren. Sie bezeichneten die Volksgruppe einfach als „Bergtürken“. Bereits 1927 riefen Kurden im Osten der Türkei die Republik Ararat aus, die aber international nie anerkannt wurde. Drei Jahre später brachten türkische Truppen mit massiver Gewalt das Gebiet unter ihre Kontrolle.

Türkeis Nachbar Syrien blieb zunächst unter der Herrschaft der Franzosen, der Irak wurde von den Briten kontrolliert. Die Beziehungen der Kurden zu diesen beiden Kolonialmächten war wechselhaft. Für kurdische Bestrebungen nach Eigenständigkeit blieb jedenfalls kein Raum. Im Nordirak riefen Scheich Mahmud Berzanci und seine Anhänger 1922 das Königreich Kurdistan aus. 1924 beendeten die Briten dieses Experiment mit Gewalt. Im Jänner 1946 wurde dann im Nordwesten des Iran die Republik Kurdistan mit der Hauptstadt Mahabat gegründet. Der Iran stand damals unter der Besatzung Großbritanniens und der Sowjetunion. Nach dem Rückzug der Sowjets zerschlugen iranische Truppen die Republik Kurdistan.

Im Irak und Syrien hatten die Kurden mit den immer stärker werdenden, arabisch-nationalistischen Bewegungen zu kämpfen – ein Konflikt, der sich nach der Unabhängigkeit beider Länder weiter verschärfte. In den 1960er-Jahren übernahmen im Irak und Syrien arabisch-nationalistische Baath-Parteien die Macht. „Baath“ bedeutet so viel wie „Wiedergeburt“. Die Baath-Ideologie verband ursprünglich säkulare, sozialistische Ideen mit panarabischen Bestrebungen – also dem Wunsch, alle Araber politisch zu vereinigen. Für das nicht-arabische Volk der Kurden sollte das vor allem im Irak noch zu einem gefährlichen Problem werden.

Im Norden des Irak machte sich vor allem die kurdische Familie Barzani für mehr Unabhängigkeit der Kurden stark. Der legendäre Kurdenführer Mustafa Barzani befahl bereits ab 1961 – noch vor der Machtübernahme durch die Baath-Partei – eine Reihe von Aufständen gegen die Zentralregierung. Und er hatte Erfolg: 1970 wurde ein Vertrag abgeschlossen, der die Gründung einer Kurdischen Autonomen Region im Nordirak vorsah. Doch 1974 zerbrach das Abkommen mit Bagdad. Barzani und seine „Demokratische Partei Kurdistans“ (PDK) begannen erneut eine Revolte. Doch dieses Mal konnten sie sich nicht durchsetzen. Barzani und viele seiner Mitstreiter flohen ins Exil. Die internen Streitigkeiten wurden zudem immer massiver. 1975 wurde unter der Führung von Jalal Talabani die links orientierte „Patriotische Union Kurdistans“ (Yekêtiy Nîştîmanîy Kurdistan, PUK) gegründet, die in Hinkunft die zweite starke Kraft neben

der PDK sein sollte. 1979 starb Mustafa Barzani. Seine beiden Söhne Massud und Idrîs übernahmen die Führung der PDK.

Im September 1980 setzte Iraks Diktator Saddam Hussein seine Truppen gegen das Nachbarland Iran in Marsch, das gerade von der Revolution gegen den Schah und die Machtübernahme durch die schiitische Geistlichkeit rund um Ajatollah Khomeini geschwächt schien. Damit begann ein achtjähriger Krieg zwischen den beiden Staaten, der Hunderttausenden Menschen das Leben kostete. Mit Unterstützung des Iran erhoben sich Iraks Kurden erneut gegen die Zentralregierung in Bagdad – und lieferten dem Saddam-Regime damit den Vorwand für die grausamen „Anfal“-Operationen, für die Giftgasangriffe auf kurdische Städte und Ortschaften. Das Ausmaß der Gewalt erschütterte Iraks Kurden bis ins Mark.

1990 marschierten irakische Truppen im Nachbarland Kuwait ein. Eine internationale Allianz unter der Führung der USA startete 1991 einen Feldzug, um die irakischen Truppen aus Kuwait zu vertreiben. Die USA flogen massive Luftangriffe gegen militärische und auch zivile Infrastruktur im Irak. Bodentruppen der Allianz drängten die irakischen Truppen aus Kuwait zurück. Motiviert durch die Niederlage der irakischen Streitkräfte und Aufrufen der US-Regierung zum Widerstand folgend, starteten wütende, heimkehrende Soldaten und Oppositionsgruppen im vorwiegend schiitischen Süden und Kurden im Norden des Irak Aufstände gegen das Saddam-Regime. Doch militärische Hilfe der Amerikaner für diese Aktionen blieb aus. Ein Erfolg der Revolten hätte damals nicht ins strategische Konzept der USA gepasst. Zwar war der Regierung des Präsidenten George Bush senior an einer weiteren Schwächung des Bagdader Machthabers Saddam Husseins gelegen. Zugleich wollte sie aber einen geeinten Irak als Gegengewicht zum Iran erhalten. Die USA fürchteten vor allem, dass eine Machtübernahme schiitischer Rebellen im Südirak den Einfluss des schiitischen Regimes im Iran stärken würde. Die arabische Golf-Macht Irak sollte zwar in die Schranken gewiesen und Saddam Hussein – wenn möglich – von Offizieren seines eigenen Regimes gestürzt werden. Eine Änderung der internen irakischen Herrschaftsstrukturen oder gar ein Auseinanderbrechen des Landes galt es

aus US-Sicht aber zu vermeiden. Für diese Strategie lobbyierte in Washington auch der wichtige US-Verbündete Saudi-Arabien, der bereits damals einen Aufstieg des Iran um jeden Preis verhindern wollte.

So hatte Saddam Hussein freie Hand. Er ließ – ungehindert vom Westen – die Aufstände der Schiiten und Kurden blutig niederschlagen. 1,5 Millionen Kurden flohen vor der Rache des Regimes, 750.000 davon ins Nachbarland Iran. Internationale Medien berichteten von einer humanitären Tragödie, als Frauen, Kinder und alte Menschen versuchten, sich im März 1991 über die unwegsamen Berge Kurdistans in Sicherheit zu bringen. Der Druck auf die US-Regierung, die kurdischen Zivilisten zu retten, wuchs. Am 5. April 1991 verurteilte der UN-Sicherheitsrat in der Resolution 688 die Unterdrückungsmaßnahmen des Bagdader Regimes. Großbritannien, die USA, Frankreich und weitere Verbündete richteten zuerst über dem Nordirak und später dann auch über dem Süden Flugverbotszonen ein, in denen irakische Kampfflugzeuge nicht aufsteigen durften. Zudem leisteten US-Eliteeinheiten im Nordirak humanitäre Hilfe. Die irakischen Truppen zogen schließlich aus Teilen der Kurdengebiete ab. Den Kurden war es also gelungen, unter dem Schutz der USA eine kleine, de facto eigenständige Region innerhalb von Saddam Husseins Irak zu etablieren.

Doch schon bald stürzten die internen Rivalitäten die Kurdengebiete in die Katastrophe. Die „Demokratische Partei Kurdistans“ (PDK), geführt von Mustafa Barzanis Sohn Massud, und die von Jalal Talabani geleitete „Patriotische Union Kurdistans“ (PUK) hatten während des Aufstandes 1991 noch weitgehend zusammengearbeitet. Doch nun ging es darum, wer die Macht in der neuen Kurdenregion in seine Hände bekommen sollte. Im Mai 1994 brachen Kämpfe zwischen den Peshmerga der PDK und der PUK aus. Was folgte, war eine dunkle Zeit, an die viele Kurden heute nur ungern erinnert werden: Es war ein jahrelanger Bruderkrieg um die Macht, in dem in schlimmster machiavellistischer Manier haarsträubende Allianzen eingegangen wurden. Während Talabanis PUK vom Iran unterstützt wurde, holte Barzanis PDK sogar die Truppen Saddam Husseins zu Hilfe. Gemeinsam mit den „Republikanischen Garden“ des Regimes eroberten Barzanis Kämpfer im Sommer 1996 die wichtige Stadt Erbil von Talabanis Anhängern zurück. Auch die Türkei griff 1997 in die Auseinandersetzungen

ein, um der türkisch-kurdischen Untergrundorganisation „Arbeiterpartei Kurdistans“ (Partiya Karkerên Kurdistan, PKK) einen Schlag zu versetzen. Die PKK hatte sich im Bürgerkrieg der irakischen Kurden mit Talabanis PUK gegen Barzanis PDK verbündet. 1998 unterzeichneten die beiden Rivalen Barzani und Talabani schließlich auf Druck der USA ein Friedensabkommen. Beide vereinbarten, die Macht in den Kurdengebieten zu teilen. Barzanis PDK kontrollierte den Norden der Region mit der Hauptstadt Erbil, Talabanis PUK den Süden mit der Stadt Suleimaniya als Zentrum. Fünf Jahre später zogen dann die beiden ehemaligen Gegner Seite an Seite in die Schlacht gegen einen alten Feind der irakischen Kurden, gegen Diktator Saddam Hussein.

Die US-Regierung unter Präsident George W. Bush hatte entschieden, das Saddam-Regime zu stürzen. Im März 2003 starteten die USA ihren Feldzug gegen den Irak. Die amerikanischen Strategen hatten ursprünglich einen Zweifrontenkrieg geplant. Die US-Truppen sollten gleichzeitig vom Süden von Kuwait aus und vom Norden aus der Türkei in den Irak vorstoßen. Doch das türkische Parlament legte sich quer. Zwar gewährte die Große Nationalversammlung in Ankara auf Druck Washingtons Überflugsrechte für die US-Streitkräfte. Es verbot den USA aber, türkisches Staatsgebiet für eine Bodenoffensive zu nutzen. Damit kamen die Kurden ins Spiel. Denn nun baute Washington mit Barzanis und Talabanis Hilfe die zweite Front gegen Saddam Hussein in der Kurdenregion auf. Ende März 2011 landeten 1000 US-Fallschirmjäger der 173. Luftlandebrigade auf einem Flugfeld bei Erbil. Zudem waren amerikanische Spezialkräfte in dem Gebiet aktiv. Unterstützt von massiven Luftangriffen rückten US-Eliteeinheiten gemeinsam mit den kurdischen Peshmerga schließlich in den Städten Kirkuk und Mossul ein. Die Türkei wollte eigene Truppen in den Nordirak entsenden, doch das wurde von den USA unterbunden. In Ankara hatte man von Anfang an gefürchtet, eine Zerschlagung des Bagdader Regimes würde die Rolle der Kurden im Irak stärken. Und das könnte dann auch den türkischen Kurden Auftrieb verleihen, die schon seit Jahrzehnten für mehr Rechte und Eigenständigkeit kämpften. Diese Sorge war einer der Gründe dafür, warum das türkische Parlament den amerikanischen Feldzug nicht unterstützen wollte. Doch damit verlor Ankara erst recht die